In der Pfalz ganz oben
Donnersbergkreis

AMTSBLATT

18.06.2025 - Ausgabe 14/2025

Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung für den Wahlkreis 40 Donnersberg 112

Öffentliche Bekanntmachung der 8. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises am Montag, 23.06.2025, 13.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal 118

Öffentliche Bekanntmachung der 6. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am Montag, 23.06.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal 120

Öffentliche Bekanntmachung der 2. Sitzung des Ausschusses für Brand- Katastrophen- und Zivilschutz des Donnersbergkreises am Dienstag, 24.06.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal 121

Öffentliche Bekanntmachung der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises am Mittwoch, 25.06.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal 122

Öffentliche Bekanntmachung der 2. Sitzung des Beirats für Migration und Integration des Donnersbergkreises am Mittwoch, 02.07.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal 123

Besucheradresse:
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
Uhlandstraße 2 · 67292 Kirchheimbolanden
Tel. 06352 710-0 · www.donnersberg.de

Öffnungszeiten:
Mo - Mi 08:00 - 12:30 · 14:00 - 16:00 Uhr
Do 08:00 - 12:30 · 14:00 - 18:00 Uhr
Fr 08:00 - 12:00 Uhr

Herausgeberin: Kreisverwaltung Donnersbergkreis
E-Mail: amtsblatt@donnersberg.de
Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf und kann unter www.donnersberg.de abonniert werden.
Als Printmedium kann das Amtsblatt unter der Rufnummer 06352/710-106 bestellt werden.

Öffentliche Bekanntmachung
für
den Wahlkreis 40 Donnersberg

Wahl zum 19. Landtag Rheinland-Pfalz am Sonntag, dem 22. März 2026;
Aufforderung zur Einreichung von Wahlkreisvorschlägen

Am Sonntag, dem 22. März 2026, findet die Wahl der Abgeordneten zum 19. Landtag Rheinland-Pfalz statt.

Die Parteien, mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen und Stimmberechtigten, die einen Wahlkreisvorschlag einreichen wollen, werden gemäß § 26 Landeswahlordnung (LWO) aufgefordert,

der Kreiswahlleitung des Wahlkreises

40 Donnersberg

in 67292 Kirchheimbolanden, Uhlandstraße 2

möglichst frühzeitig,

spätestens am 75. Tag vor der Wahl - Dienstag, 06. Januar 2026 - bis 18 Uhr,

die Wahlkreisvorschläge mit den in § 41 Abs. 2 LWahlG benannten Nachweisen schriftlich einzureichen (§ 36 LWahlG – Einreichungsfrist).

Die Wahlkreisvorschläge einschließlich der vorgeschriebenen Anlagen sollen möglichst frühzeitig eingereicht werden. Stellt die Kreiswahlleitung Mängel fest, so benachrichtigt sie/er sofort die Vertrauensperson und fordert sie auf, behebbare Mängel noch vor Ablauf der vorgenannten Einreichungsfrist zu beseitigen (§ 41 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz (LWahlG)). Nach Ablauf der Einreichungsfrist können nur noch Mängel an sich gültiger Wahlvorschläge behoben werden (§ 41 Abs. 2 LWahlG).

Rechtsgrundlagen für die Beteiligung an der Wahl mit Wahlvorschlägen und für das Wahlvorschlagsverfahren sind insbesondere die §§ 32 bis 43 LWahlG sowie die §§ 26 bis 32 der Landeswahlordnung (LWO).

Im Einzelnen ist bei der Aufstellung und Einreichung von Wahlkreisvorschlägen Folgendes zu beachten:

1. Wahlvorschlagsrecht

Nach § 33 LWahlG können Wahlkreisvorschläge von Parteien, von mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen und auch von stimmberechtigten Personen (Stimmberechtigte) eingereicht werden.

Eine Partei oder Wählervereinigung kann in jedem Wahlkreis nur einen Wahlkreisvorschlag einreichen (§ 33 Abs. 2 LWahlG).

Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen müssen den Namen der einreichenden Partei oder Wählervereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese enthalten. Bei Wahlkreisvorschlägen von Stimmberechtigten ist ein Kennwort anzugeben (§ 33 Abs. 3 LWahlG).
Der Wahlkreisvorschlag muss den Namen des Bewerbers enthalten. Neben dem Bewerber kann ein Ersatzbewerber aufgeführt werden (§ 34 Abs. 1 LWahlG).

In jedem Wahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet werden, die berechtigt sind, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt die Person, die als erste unterzeichnet hat, als Vertrauensperson und diejenige, die als zweite unterzeichnet hat, als stellvertretende Vertrauensperson (§ 33 Abs. 5 LWahlG).

2. Anforderungen an die Bewerber und Ersatzbewerber

Als Bewerber oder Ersatzbewerber in einem Wahlkreisvorschlag einer Partei oder Wählervereinigung kann nur vorgeschlagen werden, wer

- nach § 32 LWahlG wählbar ist,
- nicht Mitglied einer anderen Partei oder Wählervereinigung ist (§ 37 Abs. 1 Satz 1 und 2 LWahlG),
- in einer Mitgliederversammlung oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung nach § 37 Abs. 3 LWahlG einzeln in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist,
- seine Zustimmung dazu schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich (§ 33 Abs. 4 LWahlG).

Ein Bewerber oder Ersatzbewerber kann nur in einem Wahlkreis und hier nur in einem Wahlkreisvorschlag benannt werden (§ 34 Abs. 2 LWahlG).

3. Inhalt und Form der Wahlkreisvorschläge

Der Wahlkreisvorschlag soll nach dem Muster der Anlage 9 zur Landeswahlordnung eingereicht werden. Er muss nach § 28 LWO in Maschinen- oder Druckschrift folgende Angaben enthalten

- den Familiennamen, die Vornamen, den Beruf oder Stand, den Tag der Geburt, den Geburtsort und die Anschrift (Hauptwohnung) des Bewerbers sowie
- den Namen der einreichenden Partei oder Wählervereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, bei Wahlkreisvorschlägen von Stimmberechtigten deren Kennwort.

Er soll ferner Namen und Anschriften der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson enthalten.

Wahlkreisvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen müssen von mindestens drei Mitgliedern des Vorstandes des Landesverbandes, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Besteht kein Landesverband, so müssen die Wahlkreisvorschläge von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, in deren Bereich der Wahlkreis liegt, gemäß dem vorstehenden Satz unterzeichnet sein.

Bei Wahlkreisvorschlägen von Stimmberechtigten haben drei stimmberechtigte Unterzeichner des Wahlvorschlags ihre Unterschriften auf dem Wahlkreisvorschlag selbst zu leisten.

4. Feststellung der Parteieigenschaft / Eigenschaft als Wählervereinigung

4.1 Satzung, Programm und satzungsgemäße Bestellung

Zur Einreichung von Wahlvorschlägen müssen Parteien, die im Landtag Rheinland-Pfalz oder im Deutschen Bundestag und Wählervereinigungen, die im Landtag Rheinland-Pfalz seit deren letzter Wahl **nicht** ununterbrochen vertreten sind,

- ihre schriftliche Satzung,
- ihr schriftliches Programm und
- die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes

spätestens bis zum Ende der Einreichungsfrist nachweisen können.

4.2 Weitere Nachweise über die Parteieigenschaft / Eigenschaft als mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigung

Dem Wahlvorschlag einer Partei sollen Nachweise über die Parteieigenschaft nach § 2 Abs. 1 Satz 1 des Parteiengesetzes und dem Wahlvorschlag einer Wählervereinigung Nachweise über die Eigenschaft als mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigung beigefügt werden (§ 33 Abs. 1 S. 3 LWahlG).

4.3 Einreichungsadressat

Die erforderlichen Unterlagen können zentral beim Landeswahlleiter eingereicht werden, der diese dann an die Kreiswahlleitungen weiterleitet. Die jeweiligen Wahlausschüsse stellen dann die Parteieigenschaft unabhängig voneinander fest.

5. Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge

Wahlkreisvorschläge von Parteien, die im Landtag Rheinland-Pfalz oder im Deutschen Bundestag und Wählervereinigungen, die im Landtag Rheinland-Pfalz seit deren letzter Wahl **nicht** ununterbrochen vertreten sind, sowie Wahlkreisvorschläge von Stimmberechtigten müssen nach § 34 Abs. 3 Satz 3 LWahlG i. V. m. § 28 Abs. 4 LWO von mindestens

125 Stimmberechtigten des Wahlkreises

persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein; die Stimmberechtigung muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung der Wahlkreisvorschläge nachzuweisen. Wahlkreisvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen dürfen erst nach Aufstellung des Bewerbers durch eine Mitglieder- oder Vertreterversammlung unterzeichnet werden. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

Die Unterschriften sind auf amtlichen Formblättern, die von der Kreiswahlleitung auf Anforderung kostenfrei in Papierform, darüber hinaus auch nicht veränderbar als Druckvorlage oder elektronisch (PDF), bereitgestellt werden, zu erbringen.

- Bei der Anforderung sind Familienname, Vornamen und Anschrift (Hauptwohnung) des vorzuschlagenden Bewerbers anzugeben.

- Als Bezeichnung des Trägers des Wahlvorschlags, der den Wahlvorschlag einreichen will, sind außerdem bei Parteien und Wählervereinigungen deren Namen und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, bei Wahlkreisvorschlägen von Stimmberechtigten deren Kennwort anzugeben.
- Parteien und Wählervereinigungen haben ferner die Aufstellung des Bewerbers in einer Mitglieder- oder einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung nach § 37 LWahlG zu bestätigen.

Die Stimmberechtigten, die einen Wahlkreisvorschlag unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt persönlich und handschriftlich unterzeichnen; neben der Unterschrift sind Familienname, Vornamen, Tag der Geburt und Anschrift (Hauptwohnung) des Unterzeichners sowie der Tag der Unterzeichnung anzugeben (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 LWO).

Die Stimmberechtigten, die einen Wahlkreisvorschlag unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt persönlich und handschriftlich unterzeichnen; neben der Unterschrift sind Familienname, Vornamen, Tag der Geburt und Anschrift (Hauptwohnung) des Unterzeichners sowie der Tag der Unterzeichnung anzugeben (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 LWO).
Für jeden Unterzeichner ist auf dem Formblatt oder gesondert eine Bescheinigung der Gemeindeverwaltung, bei der er im Wählerverzeichnis einzutragen ist, beizufügen, dass er im Zeitpunkt der Unterzeichnung im betreffenden Wahlkreis stimmberechtigt ist. Gesonderte Bescheinigungen des Stimmrechts sind vom Träger des Wahlvorschlags bei der Einreichung des Wahlkreisvorschlages mit den Unterstützungsunterschriften zu verbinden. Wer für einen anderen eine Bescheinigung des Stimmrechts beantragt, muss nachweisen, dass der Betreffende den Wahlkreisvorschlag unterstützt (§ 28 Abs. 4 Nr. 3 LWO).
Die gültigen Unterschriften und Bescheinigungen des Stimmrechts der Unterzeichner müssen bei der Einreichung der Wahlkreisvorschläge vorliegen. Sie können nach Ende der Einreichungsfrist grundsätzlich nicht nachgereicht werden, es sei denn, der Nachweis kann infolge von Umständen, die der Wahlvorschlagsberechtigte nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht werden. Ein Stimmberechtigter darf nur einen Wahlkreisvorschlag unterzeichnen; hat jemand mehrere Wahlkreisvorschläge unterzeichnet, so ist seine Unterschrift auf allen weiteren Wahlkreisvorschlägen ungültig (§ 34 Abs. 3 LWahlG, § 28 Abs. 4 Nr. 4 LWO).
Den Wahlvorschlagsträgern wird empfohlen, über die gesetzlich geforderte Mindestzahl hinaus vorsorglich weitere Unterschriften für den Fall vorzulegen, dass nicht alle Unterschriften als gültig anerkannt werden können.

6. Verbot der Listenverbindung

Die Verbindung von Wahlvorschlägen mehrerer Parteien oder Wählervereinigungen ist gemäß § 38 LWahlG nicht zulässig.

7. Anlagen zum Wahlkreisvorschlag

Dem Wahlkreisvorschlag sind gemäß § 28 Abs. 5 LWO beizufügen

- die Erklärung des vorgeschlagenen Bewerbers, dass er seiner Aufstellung zustimmt und dass er für keinen anderen Wahlkreis seine Zustimmung zur Benennung als Bewerber oder Ersatzbewerber gegeben hat. Sowie bei Wahlkreisvorschlägen von Parteien und Wählervereinigungen die nach § 37 Abs. 5 Satz 3 und 4 LWahlG vorgeschriebene Versicherung an Eides statt des vorgeschlagenen Bewerbers gegenüber der Kreiswahlleitung, dass er nicht Mitglied einer anderen als der den Wahlvorschlag einreichenden Partei oder Wählervereinigung ist, jeweils nach dem Muster der Anlage 11,

- eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindeverwaltung nach dem Muster der Anlage 12 zur Landeswahlordnung, dass der vorgeschlagene Bewerber wählbar ist, sowie
- bei Wahlkreisvorschlägen von Parteien und Wählervereinigungen eine Ausfertigung der Niederschrift über die Beschlussfassung der Mitglieder- oder Vertreterversammlung, in der der Bewerber aufgestellt worden ist, mit den nach § 37 Abs. 5 Satz 2 LWahlG vorgeschriebenen Versicherungen an Eides statt; die Niederschrift soll nach dem Muster der Anlage 13 zur Landeswahlordnung gefertigt, die Versicherung an Eides statt nach dem Muster der Anlage 14 zur Landeswahlordnung abgegeben werden.

Bei Wahlkreisvorschlägen von Parteien, die im Landtag Rheinland-Pfalz oder im Deutschen Bundestag und Wählervereinigungen, die im Landtag Rheinland-Pfalz seit deren letzter Wahl **nicht** ununterbrochen vertreten sind, und Wahlkreisvorschlägen von Stimmberechtigten sind außerdem beizufügen:

- die erforderliche Zahl an Unterstützungsunterschriften nebst Bescheinigungen des Stimmrechts der Unterzeichner,
- die schriftliche Satzung der Partei oder Wählervereinigung, ihr schriftliches Programm und der Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes des Landesverbandes oder, wenn ein solcher nicht besteht, der Vorstände der nächstniedrigen Gebietsverbände, in deren Bereich der Wahlkreis liegt,
- die Nachweise über die Parteieigenschaft nach § 2 Abs. 1 Satz 1 des Parteiengesetzes oder die Nachweise über die Eigenschaft als mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigung.

8. Vordrucke zur Einreichung von Wahlkreisvorschlägen

Die zur Einreichung von Wahlkreisvorschlägen erforderlichen Vordrucke werden auf Anforderung von der Kreiswahlleitung kostenfrei geliefert; dies kann auch durch elektronische Bereitstellung erfolgen.

9. Gesetzliche Grundlagen

Gesetzliche Grundlagen für die Durchführung der Landtagswahl 2026 sind

- das Landeswahlgesetz (LWahlG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch das Achte Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 20. Dezember 2024 (GVBl. v. 11.10.2019, S. 297).

- die Landeswahlordnung (LWO) vom 07. Juni 1990 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 07. Januar 2021 (GVBl. S. 21).

Derzeit befinden sich erforderliche Anpassungen und Änderungen des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung in der Vorbereitung. Auf wesentliche Änderungen wird - unmittelbar nach Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Rheinland-Pfalz - im Internetangebot des Landeswahlleiters sowie in den einschlägigen Informationsbroschüren hingewiesen.

10. Dienststelle der Kreiswahlleitung

Die Anschrift der Kreiswahlleitung lautet:

Kreiswahlleitung für den Wahlkreis

40 Donnersberg

Uhlandstraße 2/Postfach 1280

67292/67285 Kirchheimbolanden

Kirchheimbolanden, den 20.05.2025
Kreiswahlleitung des Wahlkreises 40 Donnerberg
gez.
(Rainer Guth)
Landrat

Öffentliche Bekanntmachung

der

8. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises am Montag, 23.06.2025, 13.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Beitritt zum Trägerverein der Naturschutzstation Mittelhaardt-Donnersberg

2. Förderung des Radwegebaues im Donnersbergkreis 1/2025

3. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Photovoltaik Auftragserweiterung

4. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Abbruch allgemein

5. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Auftragserweiterung Dacherneuerung

6. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Auftragserweiterung Estricharbeiten

7. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Auftragserweiterung Innenputz

8. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Auftragserweiterung Stahlbau PV-Anlage
9. NPG Sporthalle Kirchheimbolanden Generalsanierung
   Hier: Auftragserweiterung Trockenbau

10. Brandschutztechnische Sanierung und Erneuerung Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro am Wilhelm-Erb-Gymnasium Winnweiler
    Hier: Auftragserweiterung Sprachalarmierungsanlage (SAA)

11. Brandschutztechnische Sanierung und Erneuerung Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro am Wilhelm-Erb-Gymnasium Winnweiler
    Hier: Auftragserweiterung Maler- und Verputzarbeiten

12. Georg- von- Neumeyer Realschule plus in Kirchheimbolanden - Sanierung Brandmeldeanlage
    - Nachtrag Planungsleistung

13. Auftragsvergabe von baulichen Maßnahmen
    - Ermächtigung Kreisvorstand -

14. Ersatzbeschaffung eines EGF/MZF für das KatS Modul Verpflegung

15. Beschaffung eines Gerätewagen-Gefahrgut für den Brand- und Katastrophenschutz des Donnersbergkreises

16. Ermächtigung des Kreisvorstandes bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses zur Auftragsvergabe von Kreisstraßenbaumaßnahmen

17. Vergabe der Hauptentsorgungsleistungen der Abfallwirtschaft ab 01.01.2026

18. Beschaffung, Lieferung und Verteilung von PPK (Papier, Pappe, Kartonage) Abfallsammelbehältern im Donnersbergkreis
-Ermächtigung Kreisvorstand-

19. Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

1. Vertragsangelegenheit

2. Vertragsangelegenheiten - ÖPNV Donnersbergkreis

3.1 Personalangelegenheiten - Einstellung
3.2 Personalangelegenheiten - Beförderung
3.3 Personalangelegenheiten - Einstellung

Kirchheimbolanden, den 13.06.2025
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
gez.
(Rainer Guth)
Landrat

Öffentliche Bekanntmachung
der
6. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am Montag, 23.06.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

2. Beitritt des Zweckverbands Tierische Nebenprodukte Südwest zum Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken

3. Gründung eines Kommunalen Betreuungsvereins

4. Wahl einer/eines Inklusionsbeauftragten

5. Antrag der SPD-Fraktion zum Glasfaserausbau im Donnersbergkreis "Weise Flecken-Programm"
-mündlicher Sachstandsbericht-

6. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FWG zur Einführung einer Bezahlkarte für Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

7. Zweckvereinbarung über die Sammlung und die Beförderung von Elektro- und Elektronikgeräten zwischen dem Landkreis Donnersbergkreis und der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern

8. 1. Änderung der Satzung Erhebung von Benutzungsgebühren für die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling, die Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Gebührensatzung) vom 13. September 2011 i. d. F. vom 16. Dezember 2024

9. Zustimmung zur finalen Fassung des fortgeschriebenen Abfallwirtschaftskonzeptes 2025 - 2029 des Donnersbergkreises

10. Anfragen und Mitteilungen

Kirchheimbolanden, den 10.06.2025
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
gez.
(Rainer Guth)
Landrat

Öffentliche Bekanntmachung

der

2. Sitzung des Ausschusses für Brand- Katastrophen- und Zivilschutz des Donnersbergkreises am Dienstag, 24.06.2025, 15.00 Uhr in Kirch-heimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Bedarfs- und Entwicklungsplan
   - Beratung Entwurf BEP Donnersbergkreis Gesamt
   - Beratung Entwurf BEP, Anlage 1 Brandschutzdienststelle
   - Beratung Entwurf BEP, Anlage 2 Kreisausbildung
   - Beratung Entwurf BEP, Anlage 4 Rettungsdienst

2. AEP Stromausfall
   - Beratung Entwurf AEP Stromausfall

3. Anfragen und Mitteilungen

Kirchheimbolanden, den 11.06.2025
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
gez.
(Rainer Guth)
Landrat

Öffentliche Bekanntmachung

der

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises am Mittwoch, 25.06.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Abteilung Jugend, Familie und Sport der Kreisverwaltung Donnersbergkreis
   Vorstellung der Referate, Teams und Aufgabenbereiche
   Referat 51 - Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften

2. Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan 2025/2026

3. Familienbildung im Netzwerk Konzeption für den Donnersbergkreis

4. Vorstellung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit

5. Anfragen und Mitteilungen

Kirchheimbolanden, den 13.06.2025
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
gez.
(Rainer Guth)
Landrat

Öffentliche Bekanntmachung

der

2. Sitzung des Beirats für Migration und Integration des Donnersbergkreises am Mittwoch, 02.07.2025, 15.00 Uhr in Kirchheimbolanden, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung
2. Information zur aktuellen Situation in der Ausländerbehörde und Informationen zur Einführung der Bezahlkarte für Empfänger von Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (Frau Mattern-Denzer)
3. Vorstellung ihrer Arbeit in der Flüchtlingshilfe bei der Kreisverwaltung (Frau Carolin Bayer)
4. Vorstellung Jugendmigrationsdienst Donnersbergkreis (Frau Carla Fernandes Schlegel)
5. Informationen zur Arbeit des Beirats für Migration und Integration, Rechte und Pflichten (Herr Stefan Brutschek)
6. Wahl von zwei Delegierten und deren Stellvertreter(innen) zur AGARP- Mitgliederversammlung
7. Informationen zur Integreat App (Herr Stefan Brutschek)
8. Weitere Informationen, Termine und Zeit für Fragen

Kirchheimbolanden, den 18.06.2025
Kreisverwaltung Donnersbergkreis
gez.
(Silvia König)
Vorsitzende